



Bern, 4. August 2007

Sozialdetektive - Der gläserne Sozialhilfeempfänger

Dort wo die Behörden einen Verdacht auf Missbrauch der Sozialhilfe wittern, soll der Datenschutz gelockert werden. Es müsse für die Polizei möglich sein, Missbrauchsfälle den Sozialdiensten melden zu können.

In letzter Zeit wurden in den Medien verschiedentlich spektakuläre Missbrauchsfälle in der Sozialhilfe aufgegriffen, die den Eindruck erwecken, dass die Mehrzahl der Sozialhilfeempfänger zu unrecht Leistungen beziehen würden. Dieser Generalverdacht gegenüber allen Sozialhilfebezüglern muss als Kriminalisierung der Armen zurückgewiesen werden.

Da die Jagd nach Sozialhilfebetrüglern durch Sozialdetektive wenig erfolgreich war, wird nun das verfassungsmässige Recht auf Schutz der Privatsphäre für Sozialhilfeempfänger in Frage gestellt. In der Schweiz versucht man immer mehr, mit der Jagd nach vermeintlichen Sozialhilfebetrüglern den steigenden Kosten in der Sozialhilfe zu begegnen. Diese Zahlen steigen aber nicht wegen des höheren Missbrauchs. Sie sind unter anderem deswegen gestiegen, weil die Schrauben bei der Invaliden- und der Arbeitslosenversicherung angezogen und weil trotz Wirtschaftsboom wenig neue Arbeitsplätze angeboten wurden. Diese Entwicklung war absehbar. Sie wurde von den Regierenden bewusst riskiert und wird jetzt auch noch politisch ausgeschlachtet.

Sozialdetektive sollen die Würde der Armen schützen, ist seitens der Befürworter zu hören. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dieses Mittel einen gegenteiligen Effekt hat und ein Klima der Verdächtigung begünstigt. Sozialdetektive kosten viel und bringen wenig, wie Erfahrungen in Emmen/LU zeigen, und gegen die Ursachen der Armut vermögen sie nichts zu bewirken.

KABBA ist über diese Entwicklung besorgt, welche Opfer zu Tätern macht, und lehnt die Einführung von Sozialdetektiven als Verhältnisblödsinn und Schritt in die falsche Richtung rundweg ab. Wer Sozialhilfe beantragt beziehungsweise erhält, wird peniblen Kontrollen unterworfen. Wie kaum in einem anderen Bereich müssen die Sozialhilfeempfänger schon heute ihre ganzen Verhältnisse vom Einkommen, über Krankheitskosten bis zu ihren Beziehungen ausbreiten und auch schriftlich belegen.

KABBA ist klar der Meinung, dass der Druck auf die Sozialhilfeempfänger nicht noch einmal vergrössert werden darf. Insbesondere werden Sozialdetektive viele Armutsbetroffenen davon abhalten, überhaupt noch einen Sozialhilfeantrag zu stellen. Manche Anspruchsberechtigten werden lieber unter dem Existenzminimum ausharren. Die Regierenden schämen sich nicht, auch Familien mit Kindern systematisch unter Verdacht zu stellen.

Mit Sozialdetektiven werden Probleme verlagert anstatt gelöst, und es wird Stimmung gegen Armutsbetroffene gemacht. Darum lehnt KABBA diese Eingriffe in die Privatsphäre der Sozialhilfebezüglern ab und fordert einen Stopp der Überwachung von Sozialhilfeberechtigten durch Sozialdetektive.

KABBA, 04.08.07